

unser
Sozialstaat

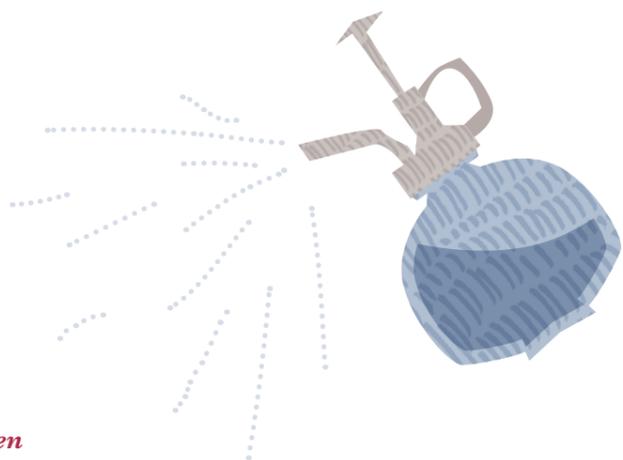
*Das Vermögen
der Vielen*

AK

WIEN

Inhalt

- 1**
Vorwort
- 2**
Soziale Sicherheit
Mit dem Sozialstaat durchs Leben
- 4**
Aufgaben & Ziele
Von Armutsbekämpfung bis Zusammenhalt
- 6**
Ausgaben
Jeder sechste Euro fließt in Gesundheit
- 8**
Finanzierung
Woher kommt das Geld?
- 10**
Stimmen
Sozialstaat heißt für mich...
- 12**
Merkmale & Prinzipien
Die Leistungen des Sozialstaates sind vielfältig
- 14**
Stärken & Schwächen
unseres Sozialstaates



- 16**
Offensive
Arbeitsmarkt
- 18**
Gleichstellung
Väterchen Sozialstaat, Mütterchen Armut?
- 20**
Zukunft
Mit dem 5-Punkte-Plan zu sozialer Gerechtigkeit



IMPRESSUM

*Unser Sozialstaat –
Das Vermögen der Vielen*
herausgegeben von der Arbeiterkammer Wien

Projektleitung Norman Wagner
Redaktion Adi Buxbaum,
Norman Wagner, Irene Steindl, Julia Stern
Text und Lektorat
Irene Steindl – www.schmierfinkin.at
Korrektur Sabine Jovic
Grafische Gestaltung, Layout und Illustrationen
Julia Stern – schere.stern.papier@gmail.com

Weiterführende Informationen
www.sozialleistungen.at

Medieninhaber Kammer für Arbeiter
und Angestellte für Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien,
Telefon: (01) 501 65 0
Druck AK Wien, Stand: Oktober 2021
Offenlegung gem. § 25 MedienG:
siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum,
ISBN 9783706308564
Artikelnummer: 271



Die Corona-Krise hat nicht nur in vielen Bereichen ein soziales Ungleichgewicht deutlich sichtbar gemacht, sondern stellt aktuell auch die größte Bedrohung für den Wohlstand in Österreich dar. Nun geht es darum, auf vielen Ebenen gegenzusteuern und die Folgen der Krise nachhaltig einzudämmen. Gleichzeitig hat die Pandemie aber auch gezeigt, wie wichtig ein funktionierender Sozialstaat ist: in der Krise, und auch in jeder Phase des Lebens.

wichtig sind, z.B. Familienleistungen und Pflege, Unfallversicherung und sozialer Wohnbau, gute Arbeitsbedingungen und öffentliche Pensionen.

Fairer Zugang, faire Beiträge

Alle brauchen Zugang zu den Leistungen des Sozialstaates, alle sollen einen fairen, solidarischen Beitrag leisten. Der Sozialstaat erweist sich als verlässlicher Halt in unsicheren Zeiten, stabilisiert Einkommen und ermöglicht einen optimistischen Ausblick auf die Zukunft. Der breite Zugang zur Krankenversicherung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, Pandemien erfolgreich zu bekämpfen.

Doch die Leistungen des Sozialstaates sind nicht in Stein gemeißelt. Jene, die dem Sozialstaat gegenüber negativ eingestellt sind, versuchen, die hohen Kosten der Krise den Schwachen in der Gesellschaft aufzubürden. Und das, obwohl die Krisenlasten bereits jetzt sehr ungleich verteilt sind. Arbeitslose und kleine Selbstständige, aber auch viele Kinder und Jugendliche sind von den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen besonders stark betroffen. Gleichzeitig konzentriert sich das Vermögen noch mehr in den Händen einiger weniger. Die Arbeiterkammer setzt sich tagtäglich dafür ein, dass Österreich seine wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Ungleichheit und Armut auch konsequent nutzt.

Mit dieser Broschüre möchten wir die Bedeutung des Sozialstaates für unser aller Leben ein wenig anschaulicher machen. Wir möchten zeigen, dass der Sozialstaat unser aller Leben zum Besseren verändert und dass er unser Vermögen ist. Für uns ist die Pandemie auch kein Grund, sich von ambitionierten Zielen zu verabschieden. Im Gegenteil: Gerade jetzt ist es an der Zeit, in einen sozial-ökologischen Umbau zu investieren!

Renate Anderl
Renate Anderl,
AK-Präsidentin

Es macht einen Unterschied, wo man auf die Welt kommt und ob man in einem Land leben kann, das die Menschen in schwierigen Zeiten nicht im Stich lässt. Österreich ist mit seinen hohen Sozialstandards ein sehr attraktiver Wirtschaftsstandort und ein guter Platz zum Leben. In der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 hat sich der Sozialstaat bereits bewährt, er hat uns auch jetzt wieder gute Dienste erwiesen. Gerade in Zeiten der Veränderungen und Umbrüche brauchen die Menschen Sicherheit, sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit, die nur der Sozialstaat bieten kann.

Weil wir ihn brauchen!

Wir alle profitieren im Laufe unseres Lebens von Leistungen des Sozialstaates – insbesondere in Lebenslagen, in denen wir besonders verwundbar sind: als Kinder, während der Schwangerschaft, im Krankheitsfall oder im Alter. Viele sozialstaatliche Leistungen in Österreich stehen uns je nach Lebenslage und unabhängig von unserem Einkommen zu Verfügung: Familienbeihilfe, Gesundheitsleistungen, Bildung.

Der Sozialstaat bringt letztlich allen etwas. Und er erlebt seit Beginn der COVID-19-Pandemie eine Zeit größter Wertschätzung. Die Krise zeigt uns eindrucksvoll, wie wichtig die soziale Sicherheit für das Funktionieren unserer Gesellschaft ist. Es sind nicht nur die Leistungen unseres umfangreichen und breit aufgestellten Gesundheitssystems. Auch die Absicherung durch die Arbeitslosenversicherung und der weitreichende Einsatz von Kurzarbeit führen uns vor Augen, welche große Bedeutung der Sozialstaat für unser Leben hat. Dazu kommen viele andere Leistungen, die in der Krise etwas aus dem Fokus geraten, aber deshalb nicht weniger

Mit dem Sozialstaat durchs Leben



Soziale Sicherheit kommt allen Menschen zugute!
Je nach Lebenslage brauchen wir mal mehr, mal weniger staatliche Unterstützung. Lebensphasen und Bedürfnisse ändern sich mitunter sehr schnell, etwa wenn wir plötzlich krank oder arbeitslos werden, Kinder bekommen oder Angehörige pflegen. **Unser Sozialsystem unterstützt uns in all diesen Phasen.**

Zum Beispiel vor der Geburt mit Mutterschutz oder Mutter-Kind-Pass, mit Leistungen im Baby- und Kleinkindalter wie Kinderbetreuungs-geld und Gratis-Kindergärten. Mit Leistungen während der Schul- und Ausbildungszeit wie Freifahrten, Gratis-Schulbücher, öffentliche Schulen und Hochschulen. Mit Leistungen im Arbeitsleben wie Arbeitslosengeld, Unterstützungen beim Wiedereinstieg ins Berufs-leben, Krankengeld oder die Unfallversicherung. Oder mit Leistun-gen im Ruhestand wie öffentliche Pensionen und Pflegeleistungen.

Darüber hinaus beziehen wir eine ganze Reihe von Leistungen, die mehr oder weniger lebensphasenunabhängig sind, etwa die vielfältigen Lei-stungen unseres öffentlichen Gesundheitssystems. Gerade die Corona-Krise hat uns deren Bedeutung wieder bewusst gemacht. Neben all diesen Geld- und Sachleistungen gehören zahlreiche gesetzliche Bestimmungen zum Sozialstaat. Diese haben mit ihren Schutzmaßnahmen und Regelungen der Arbeitsbeziehungen einen mindestens ebenso großen Stellenwert: allen voran das Arbeitsrecht und die damit zusammenhängenden Kollektivverträge.

Leben damals und heute – Was uns der Sozialstaat gebracht hat

In den 1970er-Jahren war der österreichische Sozialstaat schon gut ausgebaut. Es gab Arbeitslosengeld, öffentliche Pensionen, Kollektivverträge, Mutterschutz, betriebliche Mitbestimmung und vieles mehr. Trotzdem wird der Sozialstaat seither kontinuierlich weiterentwickelt, mit vielen positiven Auswirkungen auf unsere Lebensqualität. **Zum Beispiel:**

• 1970 sind von 1.000 Kindern 26 im ersten Lebensjahr gestorben, 2019 waren es drei.

• 1979 wurde mit der Einführung des Gleichbehandlungsgesetzes erstmals verboten, dass Frauen für die gleiche Tätigkeit schlechter bezahlt werden als Männer.

• Wer 2019 geboren worden ist, lebt im Schnitt voraussichtlich 12 Jahre länger als 1970 Geborene – 82 statt 70 Jahre. Das liegt neben besse- rer medizinischer Versorgung und steigendem Gesundheitsbewusstsein auch an besseren Arbeitsbedingun-gen und höherer Wohnqualität.

• Seit 1986 haben Arbeitnehmer:innen einen generellen Anspruch auf fünf Wochen bezahlten Jahresurlaub.

• 1970 war die 43-Stunden-Woche die gesetzliche Norm für unselbstständig Beschäftigte, 2021 sind in den meis-ten Kollektivverträgen 38,5 Stunden als Normalarbeitszeit vorgesehen.

• Im Studienjahr 1970/71 studierten rund 53.000 Personen an österreichischen Hochschulen, ein Viertel davon waren Frauen. Bis zum Studienjahr 2019/20 hat sich die Zahl der Studierenden vervünf-facht (265.000 Personen). Mehr als die Hälfte davon sind Frauen.

Von 100 Euro
zusätzlichem
Einkommen geben
Personen des ...

4 |



Von Armutsbekämpfung bis Zusammenhalt

Die vielen Aufgaben des Sozialstaates

Ohne Sozialstaat wäre die Armutsgefährdung in Österreich mehr als dreimal so hoch! Rund vier Millionen Menschen, besonders Pensionist:innen und alleinerziehende Frauen, wären ohne Umverteilung durch Sozialleistungen armutsgefährdet. Dank Arbeitslosengeld, Familienbeihilfe, Kurzarbeitsgeld, Notstandshilfe etc. sind es um ein Drittel weniger.*

Der Sozialstaat ist einer der größten Arbeitgeber des Landes

Der Sozialstaat ist nicht nur Auffangnetz für jene, die es gerade brauchen, sondern viel mehr: Er schafft Nachfrage und Arbeitsplätze – und ist damit einer der größten Arbeitgeber

des Landes. Allein in den Bereichen Gesundheit und Pflege sind über 400.000 Menschen beschäftigt, im Bildungsbereich 110.000. Insgesamt arbeiten in der öffentlichen Verwaltung 583.000 Menschen. Wer von einem schlanken Staat träumt, will weniger Krankenhäuser und Schulen, weniger Polizist:innen und Altenpfleger:innen, kurz: weniger Sicherheit auf allen Ebenen.

Dachverband der Sozialversicherungsträger

* EU-SILC/Statistik Austria, 2020

Die drei S des Sozialstaates

SCHUTZ IN SCHWIERIGEN LEBENSLAGEN

Sozialschutz gewährleistet vor allem Hilfe im Krankheitsfall und Alter, bei Arbeitslosigkeit und Invalidität oder unterstützt bei der Gründung einer Familie.

STABILISIERUNG VON KONJUNKTUR UND EINKOMMEN

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten stabilisiert der Sozialstaat mittels Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen und investiert, um den Aufschwung anzukurbeln. Wir haben im Sozialstaat viele Instrumentarien eingebaut, die automatisch stabilisieren, etwa die Kurzarbeit. Sie mildert den Einkommensverlust der Betroffenen, stabilisiert die Konsumnachfrage und damit letztlich die Wirtschaft. Massive Konjunkturschwankungen werden so abgefedert.

SOZIALE INVESTITIONEN SICHERN UNSERE ZUKUNFT

Neben Schutz und Stabilisierung soll der Sozialstaat auch Türen öffnen und neue Wege bereiten. Investitionen, die wir heute tätigen, wirken in der Zukunft – etwa Investitionen in Kindergärten und Schulen, in Pflege, in den Arbeitsmarkt oder in den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur.



Investitionen in den Sozialstaat: Was wollen die Österreicher:innen?

Wie stehen Österreicher:innen zum Erhalt bzw. zum Ausbau sozialstaatlicher Leistungen? Und wie sollen sie finanziert werden? Dazu hat die Arbeiterkammer im Jahr 2018 1.000 Menschen befragt. Ein Großteil der Befragten wünscht sich einen Ausbau des Sozialstaates und eine höhere Besteuerung von Unternehmen und Reichen.

Studie der Arbeiterkammer Wien zur Einstellung der Bevölkerung zum Sozialstaat und dessen Finanzierungsformen, 2018

„In Österreich hat der Sozialstaat eine große Bedeutung erlangt: Das Ausmaß der Teilhabechancen in der Gesellschaft hängt ganz wesentlich von ihm ab. Das wäre weder allein über karitative Tätigkeiten möglich, noch über den Markt, was Neoliberale gerne behaupten.“

Emmerich Tálos,
österreichischer Staatswissenschaftler
in: Arbeit&Wirtschaft 1/2021

Soziale Umverteilung von Reich zu Arm

Die Umverteilung der finanziellen Mittel von Reich zu Arm zählt zu den wesentlichen Aufgaben des Sozialstaates. Dies geschieht vor allem über Sozialausgaben. So kommen etwa Leistungen, die bei Armut, Arbeitslosigkeit oder Wohnungslosigkeit unterstützen, vor allem Menschen in finanziellen Notlagen zugute. Damit ist der Sozialstaat auch der

wichtigste Garant für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und für sozialen Frieden. Ohne die staatliche Umverteilung wären die Ungleichheiten in Österreich spürbar höher.

Viele Familien, Arbeitslose, Kranke, Alte und Pflegebedürftige gehören zum unteren Einkommensdrittels. Von

100 Euro zusätzlichem Einkommen geben sie 80 Euro sofort wieder aus. Die Nettozahler:innen stammen hingegen aus dem oberen Drittel. Von 100 Euro an zusätzlichem Einkommen geben sie nur 40 Euro aus, 60 Euro gehen auf Sparbücher. Der Sozialstaat verteilt zu konsumfreudigen Schichten um, er schafft damit Nachfrage, Produktion und Beschäftigung.

Markus Marterbauer in Arbeit&Wirtschaft 1/2021

Jeder sechste Euro fließt in Gesundheit



2019 sind **30.349 Millionen Euro** aus der Staatskassa in Gesundheit geflossen - das ist jeder sechste Euro, etwa 16 % der öffentlichen Einnahmen.

Damit liegt Österreich EU-weit am vierten Platz.

Statistik Austria/VGR, Daten für 2020

„Wenn wir die Kosten der Krise diskutieren, dann wird an Staatsdefizit und Verschuldung gedacht. Aber auch das **Nicht-Handeln verursacht längerfristig Kosten**. Wenn wir nicht in Gesundheit, Bildung und Arbeitsplätze investieren, kommt das teuer.“

Christine Mayrhuber, Ökonomin am Wirtschaftsforschungsinstitut, AK-Veranstaltung „Mit dem Sozialstaat aus der Krise!“, August 2020

Eine gute soziale Absicherung der Menschen ist dem Staat einiges wert: Die Sozialausgaben machen in Österreich abseits von Krisenzeiten rund 30 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Man spricht hier auch von Sozialquote. Nur Frankreich, Dänemark, Finnland und Deutschland investieren noch mehr in den sozialen Schutz ihrer Bevölkerung.

Mehr als drei Viertel aller Sozialausgaben fließen in die Alterssicherung, die Gesundheitsversorgung und in die Familienförderung. Das nützt uns allen! Gerade in den Phasen, in denen wir besonders verwundbar sind, brauchen wir soziale Sicherheit.

Je höher die Sozialausgaben, umso besser kann der Staat für seine Bürger:innen sorgen. Gesellschaften mit hohen

Einkommen und hoher Wirtschaftskraft bevorzugen soziale Dienstleistungen hoher Qualität, zum Beispiel im Bildungssystem, in der Mobilität und bei der sozialen Sicherheit. Deshalb ist in reichen Ländern wie Österreich die Sozialquote höher als in armen. Um das zu finanzieren, ist auch die Abgabenquote höher (Steuern und Beiträge im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung).

Der Sozialstaat federt Krisen ab
In einer wirtschaftlichen Krise steigen die Sozialausgaben, da der Staat Rettungspakete finanziert. Dank Kurzarbeit, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe sichert der Staat gera-

Ob Spitalsaufenthalt, Medikamente, Langzeitpflege, Krankengeld, Rehabilitation, Gesundenuntersuchung oder Unterstützung bei psychischen Problemen - der Staat übernimmt den Großteil der Kosten.

de in Krisenzeiten die Einkommen und den Konsum der Menschen und stützt somit auch die Wirtschaft.

Geht die Rechnung auf?
Oft werden nur die Kosten des Sozialstaates betrachtet, doch das

ist eine sehr einseitige Sicht der Dinge. Die sozialen Effekte lassen sich zwar schwer in Zahlen gießen, aber sie sind augenscheinlich. Aufwendungen für die Kinderbetreuung rentieren sich schon nach vier Jahren, und zwar unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung. Warum? Mütter bzw. Eltern können ihre Arbeitsstunden erhöhen oder den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt früher wagen. Zudem werden in den Betreuungseinrichtungen Arbeitsplätze geschaffen. Alles in allem also erhält der Staat Mehreinnahmen, mit denen soziale Einrichtungen und Dienstleistungen finanziert werden können.

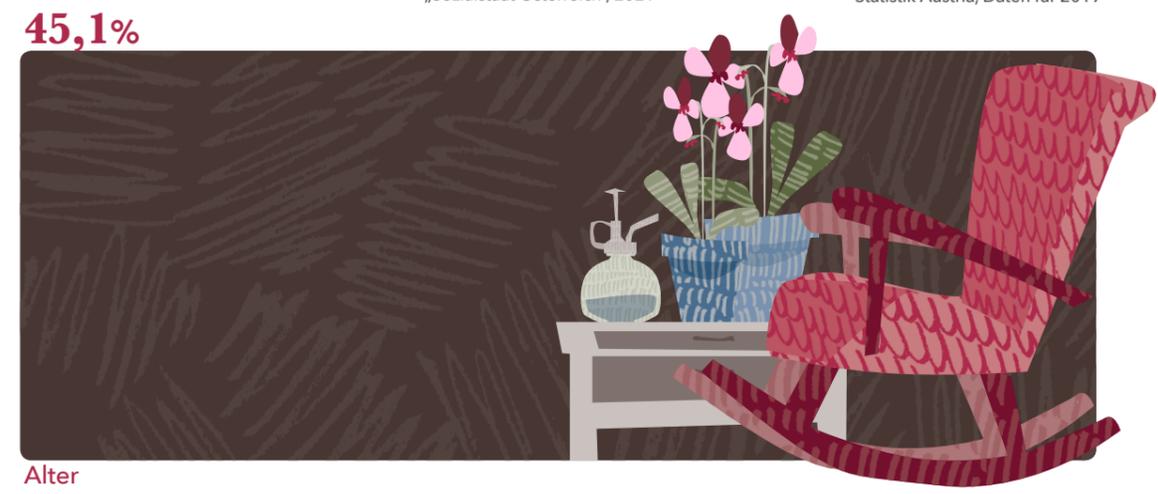
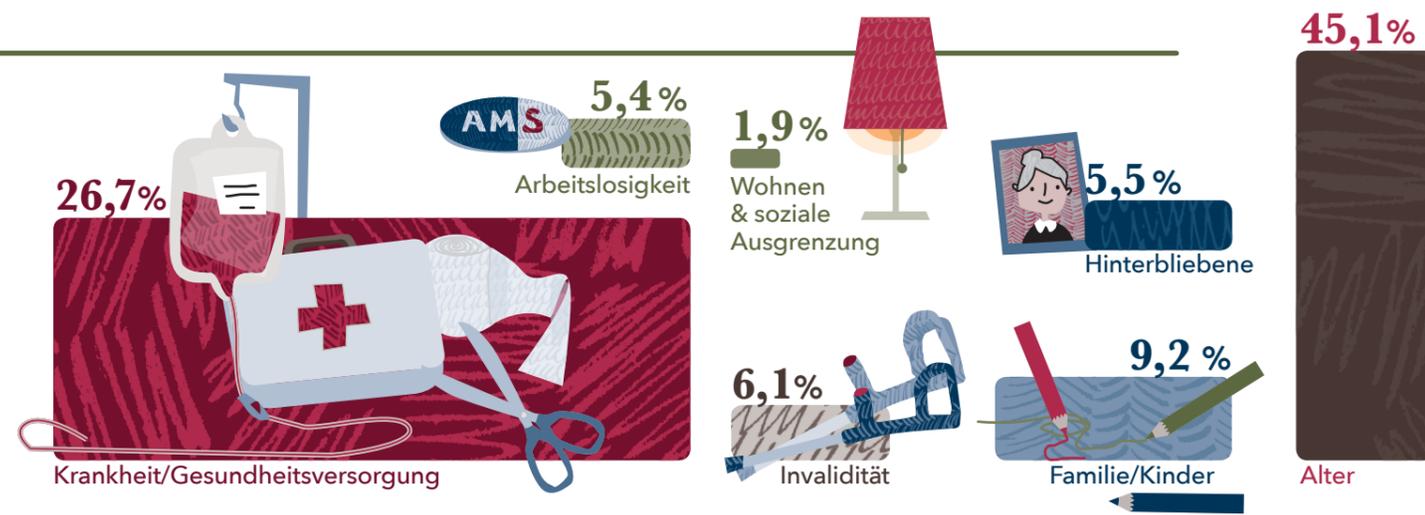
Norman Wagner, VÖGB-Skriptum „Sozialstaat Österreich“, 2021

Sozialer und wirtschaftlicher Erfolg gehen Hand in Hand
Auch die Befürchtung, die Sozialausgaben würden die wirtschaftliche Entwicklung hemmen und die Finanzierung des Sozialstaates gefährden, ist klar widerlegt: Österreich verfügt über die sechshöchste Wirtschaftsleistung pro Kopf in der EU. Die Finanzierung erfolgt über die fünfthöchste Abgabenquote (Steuern und Beiträge im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung)*. Das bedeutet: **Ein hoher Lebensstandard in der Mitte der Gesellschaft, wirtschaftlicher Erfolg und hohe Produktivität gehen mit einer hohen Sozial- und Abgabenquote einher.**

*Statistik Austria, Daten für 2019

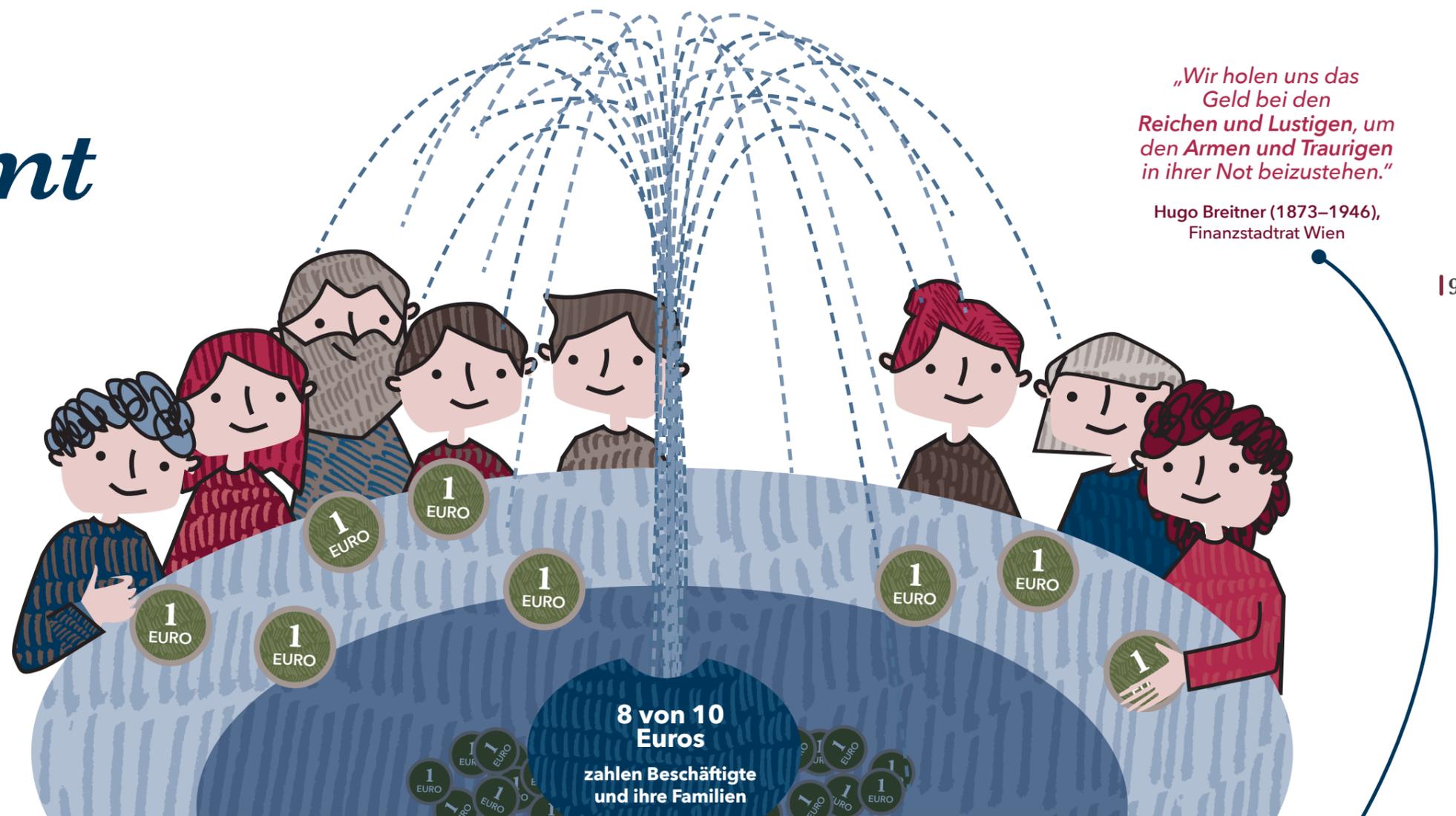
Ausgaben für Sozialleistungen nach Funktion/Lebenslagen

Anteile in Prozent vom Gesamtvolumen von 117 Mrd. Euro - das entspricht 29,3 % der Wirtschaftsleistung
Statistik Austria, Daten für 2019



Woher kommt das Geld?

Der Sozialstaat speist sich - vereinfacht gesagt - aus zwei Töpfen: Einerseits aus Beiträgen zur Sozialversicherung und andererseits aus Steuern. Den Löwenanteil finanzieren arbeitende Menschen und Konsument:innen. Sie zahlen 8 von 10 Euro in die Staatstöpfe ein. **Vermögende tragen mit nur 1 Prozent** kaum zur Finanzierung unseres Sozialsystems bei.



„Wir holen uns das Geld bei den Reichen und Lustigen, um den Armen und Traurigen in ihrer Not beizustehen.“

Hugo Breitner (1873–1946), Finanzstadtrat Wien



Steuersenkungen nutzen den Reichen

Eine undifferenzierte Senkung der Abgaben hätte massive Leistungskürzungen zur Folge. Wenn etwa im öffentlichen Pensionssystem gespart wird, müssen wir uns mittels privater Altersvorsorge zusätzlich absichern. Die wäre nicht nur viel teurer, sondern auch Turbulenzen auf den Finanzmärkten ausgesetzt. Wie fatal das sein kann, hat die Pandemie gezeigt: Während in Österreich öffentliche Pensionsleistungen durch den Staat abgesichert

sind, rasselten Börsenkurse privater Anbieter in den Keller. Weniger Steuern und Abgaben bedeuten daher keineswegs eine Entlastung. Im Gegenteil: Die Finanzierung und die Risiken verlagern sich vom Staat in die privaten Geldbörsen. Letztlich profitieren davon die Reichen, die sich private Versicherungen, Kliniken und Schulen leisten können.

Faire Finanzierung statt Kürzungen

Der Sozialstaat braucht eine solide und faire Finanzierungsbasis. In vielen

Bereichen muss **weiter investiert werden, vor allem in Bildung, öffentliche Kinderbetreuung und Pflege**. Anstelle von Kürzungen sind Umschichtungen im Steuersystem dringend notwendig: Die Beiträge von Arbeitnehmer:innen müssen gesenkt werden, im Austausch müssen Vermögende und Unternehmen deutlich mehr zum Sozialstaat beitragen.

Kaum ein anderes Industrieland schont seine Vermögenden so sehr wie Österreich!



... entwickelte in den 1920er-Jahren ein kreatives System von Steuern, um treffsicher von Reich zu Arm umzuverteilen. Seine **Luxus-Steuern** betrafen etwa Reitpferde, Schaumwein, Dienstpersonal, Hunderennen oder Nachtlokale. **Mit den Einnahmen** konnte der **Aufbau des Wiener Sozial- und Gesundheitssystems finanziert** werden.

Hohe Abgaben sichern unseren Wohlstand: Der Anteil an Steuern und Abgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung nennt sich Abgabenquote. In Österreich lag die Abgabenquote im Jahr 2020 bei 43 Prozent.* Damit liegen wir im europäischen Spitzenfeld, gemeinsam mit anderen Wohlfahrtsstaaten wie Schweden oder Dänemark. Immer wieder werden Forderungen nach einer Senkung der Abgaben laut. Solche Vorstöße ernten schnell Applaus, doch ein zweiter Blick zeigt: Diese vermeintliche Entlastung entpuppt sich als Gefahr für die Mehrheit. Öffentliche Steuern und Ausgaben sind kein Selbstzweck. Sie finanzieren wichtige sozialpolitische Leistungen. Die Frage lautet: **Wem nützen weniger Abgaben tatsächlich? Wem schaden sie?**

*Statistik Austria

Das reichste 1 Prozent besitzt in Österreich fast 40 Prozent des Vermögens. Vermögens- und Erbschaftssteuern ab einer Million Euro würden der öffentlichen Hand fünf Milliarden Euro bringen, zum Beispiel für den dringenden Ausbau von Schulen, Kinderbetreuung oder der Pflege.

Vermögenskonzentration in Österreich. Studie im Auftrag der AK, 2020

WEBTIPP

SO REICH IST ÖSTERREICH
Interaktive Homepage über die Vermögensverteilung in Österreich.
soreichistoesterreich.ak.at/

Petra M.

„Als Mitarbeiterin in einem kleinen Forschungsinstitut war ich nach einem plötzlichen Projektende auf meine Kündigung nicht gefasst - und als erfahrene, gut ausgebildete Frau Mitte Dreißig mit potenziellem Kinderwunsch dann einen Job zu finden, ist leider überhaupt nicht einfach. Die **Bildungskarenz** war zu diesem Zeitpunkt ein echtes Auffangnetz für mich. Es ermöglichte mir, mein Zweitstudium abzuschließen. Das bildet heute die Basis meiner Selbstständigkeit - in der ich mich beruflich endlich angekommen fühle.“

Philipp A.

„Ich war bei meinen zwei Töchtern jedes Mal in **Väterkarenz**. Durch sie war es mir möglich, nicht nur wertvolle Zeit mit meinen Kindern zu verbringen, sondern auch meine Partnerin bei ihrer Ausbildung zu unterstützen.“

Thomas J.

„Vor Beginn meiner **Väterkarenz** hätte ich nie gedacht, wie sehr diese über die bloße Betreuung eines Kindes hinausgeht. Vielmehr empfinde ich meine Karenz als Selbstermächtigung. Ich übernehme als gleichberechtigter Elternteil volle Verantwortung für mein Kind. Schön, dass ich diese unvergessliche Erfahrung machen kann. Ich kann die Väterkarenz nur jedem Vater empfehlen. Übrigens eine sehr männliche Angelegenheit!“

Barbara T.

„Ohne staatliche Umverteilung wäre ich nicht da, wo ich heute bin. Als Tochter aus einer Bauernfamilie hätte ich ohne staatliche Unterstützung nicht studieren können. Nachdem ich meinen Mann kennengelernt habe, waren wir mit seiner Diagnose einer Multiplen Sklerose konfrontiert. Dank der guten medikamentösen Einstellung geht es ihm nach wie vor gesundheitlich relativ gut. Würden die Kosten für die recht teuren Dauer-Medikamente und die anfänglichen Krankenhausaufenthalte nicht durch die **Krankenversicherung** abgedeckt oder hätten wir keinen **bezahlten Krankenstand** - wir hätten uns das alles nie leisten können. Ganz zu schweigen davon, dass wir die größte Bereicherung unseres Lebens - unsere beiden Töchter - nicht bekommen hätten. Das wäre sich finanziell einfach nicht ausgegangen. Ich und wir als Familie verdanken dem Umstand, dass wir in einem stabilen und solidarischen Staat leben, unser gutes Leben.“

Sabine F., Teilnehmerin an der Aktion 20.000

„Für mich war die Arbeitssuche sehr schwierig, weil mit 50 am Arbeitsmarkt hast du fast keine Chance mehr. Ich habe über 100 Bewerbungen geschrieben und teilweise nicht einmal eine Antwort bekommen. Das war keine schöne Zeit.“

Hätte es die **Aktion 20.000** damals nicht gegeben, hätte ich ganz sicher keinen Job bekommen und wäre finanziell vom Sozialamt abhängig. Durch die Aktion 20.000 hab ich das Glück gehabt, doch einen Job zu bekommen und der Job gefällt mir sehr gut, ich bin gern da.“

Video-Interview von arbeit plus Soziale Unternehmen Österreich, 2020

Alex F.

„Sozialstaat heißt für mich auch, in einer **sauberen Stadt** zu leben, jederzeit die **Rettung** rufen zu können und rund um die Uhr **sauberes Trinkwasser** zu genießen.“

Alexander G.

„Eigentlich wollte ich mich selbstständig machen, als ich zum zweiten Mal an Krebs erkrankte. Heute bin ich froh, dass ich damals noch beim AMS gemeldet war, in Krankenstand gehen und **Krankengeld** beziehen konnte. Zwar habe ich die Zweiklassenmedizin gespürt und musste manches aus der eigenen Tasche bezahlen, aber wir können uns in Österreich trotzdem glücklich schätzen, im Ernstfall hervorragende medizinische Behandlung zu erhalten. Heute bin ich geheilt. Noch ein Grund mehr, regelmäßig zur Früherkennung zu gehen.“

Maria P.

„**Wohnbeihilfe** während der Karenzzeit hat uns zumindest teilweise die Lücke im Familienbudget ausgeglichen.“

Julia S.

„Meine Oma hat ihr ganzes Leben lang ein selbstbestimmtes Leben geführt, gearbeitet und sich auch im Alter selbst versorgt. In ein Pflegeheim zu ziehen ist für sie nie in Frage gekommen. Jetzt, mit beinahe 90, benötigt sie aber Unterstützung im Alltag. Dass sie ihren Lebensabend zuhause verbringen darf, wie sie sich das wünscht, wäre ohne **Pflegegeld** für uns kaum möglich.“

Andreas S.

„Im März 1970 in eine Arbeiterfamilie geboren, konnte ich 1989 in Klagenfurt maturieren. Nach dem Zivildienst ging es nach Wien, wo ich das Studium der Rechtswissenschaften abschloss. Seit vielen Jahren arbeite ich in der Rechtsabteilung der PRO-GE. Das alles wäre ohne **freien Schul- und Hochschulzugang**, ohne **Familienbeihilfe**, ohne gratis Schulbücher und ohne **Studienbeihilfe** nicht möglich gewesen. Wir brauchen ihn alle, unseren Sozialstaat!“

Claudia R.

„Dass meine Kinder im Gymnasium zu einem geringen Selbstkostenbeitrag auch nachmittags **betreut** werden, hat mir ermöglicht, meine Arbeit wieder Vollzeit aufnehmen zu können.“

Bettina K.

„Der Antrag auf **Kinderbetreuungsgeld** war für mich ein Buch mit sieben Siegeln und viel zu kompliziert. Die Beratung der Arbeiterkammer konnte mir dann aber sehr weiterhelfen.“

Sozialstaat heißt für mich ...

Die Leistungen des Sozialstaates sind vielfältig

Der größte Teil der Sozialleistungen sind Geldleistungen (70 Prozent), die direkt an Menschen ausgezahlt werden. Das sind zum Beispiel das Pflegegeld, das Arbeitslosengeld, Pensionen oder die Familienbeihilfe. Der kleinere Teil sind Sachleistungen (30 %), wie zum Beispiel Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegedienste.

„Es geht beim Sozialstaat auch darum, dass die Einzelnen nicht Bittsteller sind, sondern einen Rechtsanspruch haben.“

Lore Hostasch, ehem. Sozialministerin (1997-2000)

Während Familien, ältere und pflegebedürftige Menschen vorwiegend finanziell unterstützt werden, ist es bei der Gesundheitsversorgung umgekehrt: Den größten Anteil an Ausgaben machen hier medizinische Angebote wie Arztbesuche, Untersuchungen oder Spitalsaufenthalte aus.

Geldleistungen ersetzen entweder das Einkommen, oder erhöhen es, zum Beispiel im Ruhestand oder bei Arbeitslosigkeit. Geldleistungen decken aber auch erhöhte Kosten ab, zum Beispiel wenn wir Kinder bekommen oder pflegebedürftig werden.

Sachleistungen helfen in Form sozialer Dienstleistungen wie Kindergarten oder mobile Krankenversorgung etc. Darüber hinaus schaffen sie zahlreiche Arbeitsplätze.

Anteil der Geld- und Sachleistungen an den öffentlichen Ausgaben

Sozialministerium 2019



Drei Arten von Geldleistungen

- Sozialversicherungsrechtliche Leistungen**
Pensions-, Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung
- Universelle Leistungen**
z.B. Familienbeihilfen, Kinderbetreuungsgeld, Kinderabsetzbetrag, Unterhaltsvorschuss
- Bedarfsgeprüfte Leistungen**
z.B. Ausgleichszulage für die Pensionsversicherung, Pflegegeld, Notstandshilfe, Wohnbeihilfen, Stipendien und Beihilfen für Schüler:innen, Mindestsicherung/Sozialhilfe



GELDLEISTUNGEN

erlauben den Bezieher:innen größtmögliche Freiheit, wie sie die Mittel einsetzen. Würde zum Beispiel die Notstandshilfe nicht als Geldleistung ausgezahlt werden, sondern in Form von Lebensmittelgutscheinen, könnten die Bezieher:innen damit zwar Lebensmittel einkaufen, jedoch keine Brillenreparatur oder Nachhilfestunden bezahlen.



SACHLEISTUNGEN

eignen sich, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen - zum Beispiel einen Gratiskindergartenplatz, um allen Familien frühkindliche Betreuung zu ermöglichen.

Norman Wagner, VÖGB-Skriptum „Sozialstaat Österreich“, 2021

Die drei Gestaltungsprinzipien der sozialen Absicherung



Versicherungsprinzip

In Österreich gilt das Prinzip der Pflichtversicherung. Wer arbeitet oder eine Ausbildung macht, erhält meist automatisch den Schutz der gesetzlichen Sozialversicherung. Das Versicherungsprinzip ist zudem ein Prinzip der Solidarität: Alle Menschen, die Beiträge zahlen, sind durch die Sozialversicherungen abgesichert - egal, ob sie viel oder wenig Geld beisteuern können. So entsteht ein Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken, Erwerbstätigen und Arbeitslosen, Jungen und Alten, Singles und Familien.



Versorgungsprinzip

Mit Versorgungsleistungen nimmt der Staat seine Verantwortung gegenüber bestimmten Personengruppen wahr, etwa Pflegebedürftigen mittels Pflegegeld, Eltern mittels Familienbeihilfe oder Kinderbetreuungsgeld. Die Leistungen sind unabhängig von der finanziellen Situation der Bezieher:innen. Auf Versorgungsleistungen besteht ein Rechtsanspruch, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.



Fürsorgeprinzip

Das Fürsorgeprinzip sieht eine Absicherung im Notfall vor. Nicht jeder Bedarf kann durch Versicherungsleistungen vollständig gedeckt werden. In besonderen Fällen unterstützt daher der Staat durch Fürsorgeleistungen wie zum Beispiel Sozialhilfe oder Wohnbeihilfe. Fürsorgeleistungen sind unabhängig von geleisteten Beiträgen, Voraussetzung ist eine Prüfung des tatsächlichen Bedarfs.

Alles eitel Wonne?

SOZIALLEISTUNGEN REDUZIEREN MASSIV DIE GEFAHR VON ARMUT

Ohne Umverteilung wäre die Armutsgefährdung in Österreich mehr als dreimal so hoch. Dank sozialstaatlicher Leistungen beträgt sie 14 statt 43 Prozent. Umverteilung wirkt vor allem durch öffentliche Pensionen, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe sowie Sozialhilfe und Wohnbeihilfe.

EU-SILC, 2020

NAHEZU ALLE MENSCHEN SIND KRANKENVERSICHERT

Die soziale Krankenversicherung umfasst rund 8,8 Millionen Menschen in Österreich, das sind 99,9 Prozent der Bevölkerung. Die Krankenversicherung ermöglicht unter anderem Arztbesuche, Spitalsaufenthalte, Therapien, Medikamente, Kostenerstattungen, Wochengeld und bezahlten Krankenstand. Ohne gesetzliche Krankenversicherung hätten wir hierzulande ein soziales wie gesundheitliches Fiasko: Gesundheit wäre ein Privileg der Reichen anstatt eines Menschenrechts.

Dachverband der Sozialversicherungsträger

UNSER PENSIONSSYSTEM IST STABIL UND KRISENFEST

Der Großteil unserer Pensionen ist durch den Generationenvertrag gesichert: Jene, die arbeiten, finanzieren die Pensionen jener, die das Arbeitsleben hinter sich haben. Dieses Umlageverfahren verringert das Armutsrisiko im Alter, stärkt die Kaufkraft von Pensionist:innen und somit die Wirtschaft. Private Pensionen sind hingegen hohen Risiken ausgesetzt. In der Pandemie sind die Aktienkurse vieler Privatversicherungen in den Keller gerasselt.

blog.arbeit-wirtschaft.at

FAST ALLE ARBEITNEHMER:INNEN SIND IN ÖSTERREICH DURCH KOLLEKTIVVERTRÄGE ABGESICHERT

Das ist eine Spitzenposition im internationalen Vergleich. Je mehr Menschen von einem Kollektivvertragssystem erfasst sind, umso geringer ist das Armutsrisiko. Eine hohe Tarifabdeckung schafft mehr Fairness bei der Einkommensverteilung – zum Beispiel, indem Löhne der unteren Lohngruppen stärker erhöht werden als jene der höheren Lohngruppen. Die österreichischen Gewerkschaften wirken mit ihrer Lohnpolitik einer starken Auseinanderentwicklung der Löhne entgegen.

OECD/AIAS ICTWSS Datenbank

Die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates

NIEDRIGE EINKOMMEN FÜHREN ZU GERINGER SOZIALER ABSICHERUNG

In Österreich sind staatliche Leistungen eng an klassische Erwerbsarbeit gekoppelt: Wer durchgehend und gut bezahlt beschäftigt ist, kann sich auf ein gutes Leben im Alter verlassen. Dieser Ansatz übersieht aber völlig die steigende Anzahl der Working Poor und die Prekarisierung der Arbeitswelt. Vor allem weibliche Erwerbsbiografien mit Teilzeitarbeit, Karenzzeiten, unbezahlter Familienarbeit und Beschäftigung im Niedriglohnssektor bleiben in diesem Modell unberücksichtigt. Menschen mit Migrationshintergrund landen aufgrund von Diskriminierungen oft in ausbeuterischen McJobs, wo das Einkommen nicht reicht, um die eigene Existenz und die der Kinder zu sichern. Diese „atypischen“ Erwerbsbiografien setzen sich in den Systemen der sozialen Sicherung fort. Sie machen die Risse im sozialen Netz immer deutlicher sichtbar. Hier könnte sich Österreich mehr von den nordischen Ländern abschauen, wo Menschen sozial besser abgesichert sind.

Armutskonferenz

HÜRDEN BEIM ZUGANG VON LEISTUNGEN

Der Sozialstaat gibt den Menschen keine Almosen, sondern Rechte und Chancen. Das ist wichtig, denn es ermöglicht Demokratie. Dennoch sieht manche Praxis anders aus, wenn Menschen mit Ansprüchen auf eine Leistung zu Bittsteller:innen werden und sich durch einen Dschungel an Wegen und gefühlter Obrigkeiten kämpfen müssen. Etwa Arbeitslose am Arbeitsamt, Patient:innen in Spitälern, Menschen mit geringen Deutschkenntnissen. Erschwerend hinzu kommt, dass manche Leistungen von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt sind. Der Zugang zu Leistungen muss vereinfacht und auf Augenhöhe gelebt werden.

NIEDRIGES ARBEITSLOSENGELD ERHÖHT ARMUTSRISIKO

Ein weiterer Riss im sozialen Netz ist das niedrige Arbeitslosengeld in Österreich. Arbeitsuchende müssen hierzulande mit der Hälfte ihres Einkommens leben. Jede zweite Person, die über ein Jahr keine Arbeit findet, ist armutsgefährdet. Ein Großteil der arbeitslosen Menschen muss mit weniger als 1.000 Euro monatlich auskommen, ehemals Teilzeitbeschäftigte mit deutlich weniger – ein Armutszeugnis für eines der reichsten Länder der Welt. Ein höheres Arbeitslosengeld bekämpft nicht nur Armut, es gibt Menschen ihre Würde zurück und kommt letztlich der Wirtschaft zugute.

Armutskonferenz

NEUE SELBSTSTÄNDIGE SIND ZU WENIG ABGESICHERT

Kleine Selbstständige hat die Krise besonders hart getroffen. Viele mussten Einkommenseinbußen von über 40 Prozent hinnehmen, weil sie keinen rechtlichen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Der Staat baut auf eine freiwillige Arbeitslosenversicherung, das Modell ist aber so unattraktiv, dass es wenige machen. Eine verpflichtende Arbeitslosenversicherung hätte die Auswirkungen auf kleine Selbstständige abfedern können. Rutschen sie in die Sozialhilfe oder Mindestsicherung als letztem Auffangnetz, trägt die Kosten erst recht wieder die Allgemeinheit.

Offensive Arbeitsmarkt

Kurzarbeit hat über eine Million Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit geschützt. Dennoch waren zum Höhepunkt der Corona-Krise eine halbe Million Menschen ohne Arbeit. Eine hohe Arbeitslosigkeit können wir uns weder aus sozialen noch aus wirtschaftlichen Gründen leisten.

Ein funktionierender Arbeitsmarkt ermöglicht den Menschen, ihre Existenz selbst zu erwirtschaften. Und er ist für die Finanzierung des Sozialstaates wichtig: Je mehr Menschen eine fair bezahlte Arbeit haben und in die Staatskasse einzahlen, umso besser kann die öffentliche Hand soziale Leistungen finanzieren. Corona hat die Schieflagen am Arbeitsmarkt deutlich verschärft: Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung, Frauen, Jugendliche, Ältere und Migrant:innen sind am Arbeitsmarkt deutlich benachteiligt. Wenn wir nicht rasch den Arbeitsmarkt „reparieren“ und Beschäftigung schaffen, zahlen wir viele Jahre für die Folgeschäden.

Zur Nachlese:
Offensive Arbeitsmarkt der Arbeiterkammer
<https://www.arbeiterkammer.at/OffensiveArbeitsmarkt>

„Jeder Euro, der in Armutsbekämpfung investiert wird, ist ein Euro, der eine bessere Zukunft schafft.“



Renate Anderl,
AK-Präsidentin



Armut bekämpfen, Arbeitslosengeld erhöhen

Arbeitslos werden heißt, die Hälfte des Einkommens zu verlieren - bei gleichbleibenden Kosten für das Leben. Schon drei, vier Monate Arbeitslosigkeit bedeuten oft soziale Isolation, gesundheitliche Probleme und Verarmung. Das Arbeitslosengeld in Österreich ist zu niedrig, es reicht nicht zum Leben! Arbeitslose erhalten durchschnittlich 993 Euro Arbeitslosengeld monatlich - die Armutsschwelle liegt bei ca. 1.330 Euro. **Um arbeitslose Menschen nicht in die Armut zu drängen, ist eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent Nettoersatzrate dringend notwendig.**



Sicherheit im Wandel für Arbeitnehmer:innen

Gute Unterstützung bei der Arbeitsuche und Chance auf berufliche Aus- und Weiterbildung: **Arbeitsuchende haben ein Recht auf eine gut funktionierende öffentliche Arbeitsvermittlung.** Denn Arbeitslosigkeit darf nicht zu einer dauerhaften Verschlechterung der Erwerbskarriere führen. Das bedeutet zunächst faire Regeln für die Beurteilung, ob ein neuer Arbeitsplatz zumutbar ist. **Ebenso wichtig ist aber auch eine bestmögliche Unterstützung von Arbeitnehmer:innen bei der Arbeitsuche.** Beides ist in Österreich ausbaubar. Der digitale Wandel und die dringend notwendige Ökologisierung unseres Wirtschaftens verändern zudem die Anforderungen an das berufliche Können und Wissen von Arbeitnehmer:innen. Zeitgemäße Arbeitsmarktpolitik muss daher gerade Arbeitnehmer:innen mit geringen Einkommen berufliche Aus- und Weiterbildung leichter machen - durch eine **gute Existenzsicherung und durch eine gute Bildungsberatung.**



Öffentliche Beschäftigung schaffen

Der beste Schutz gegen Armut ist neben umfassenden Sozialleistungen **eine Beschäftigung mit fairer Bezahlung.** Jede zweite arbeitslose Person ist aktuell langzeitarbeitslos, Tendenz steigend. Wenn diese Menschen keine Chance auf Arbeit von den Unternehmen bekommen, muss der Staat öffentliche Beschäftigung schaffen. Die Arbeiterkammer hat dafür das Modell **Chance45** entwickelt, das langzeitarbeitslosen Menschen über 45 Jahren einen öffentlichen Job garantiert.

Chance45 — EINE INVESTITION IN ÖFFENTLICHE BESCHÄFTIGUNG

Je länger Menschen keine Beschäftigung haben, umso schwieriger wird es für sie, eine zu finden. Die **Chance45** ist ein öffentliches Beschäftigungsmodell für Menschen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind. Mit den rund 315 Millionen Nettokosten könnten 45.000 Personen in öffentlichen Diensten beschäftigt werden.



Öffentliche Investitionen in Pflege, Bildung und Kinderbetreuung

Soziale Dienste wie Kinderbetreuung oder Pflege sind Motor für Beschäftigung und Konjunktur. Allein in der Pflege wird bis 2030 rund 75.000 zusätzliches Personal benötigt. Soziale Dienste schaffen Arbeitsplätze und helfen Eltern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. So könnten ohne soziale Dienstleistungen wie Kinderbetreuung oder Pflegehilfe viele Menschen gar nicht mehr in ländlichen Regionen leben. Jetzt sind **dringend mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, Weiterbildung von Arbeitsuchenden und in Gesundheit notwendig.**

Väterchen Sozialstaat, Mütterchen Armut?

Frauen sind vom Sozialstaat weniger abgesichert als Männer. Warum? Das österreichische Sozialsystem orientiert sich an einer erwerbszentrierten, traditionell männlichen „Normalbiographie“ und lässt weibliche Lebenszusammenhänge zu sehr außer Acht: Kinderbetreuung, unbezahlte Arbeit, mehr Teilzeitarbeit etc. Die Folgen für Frauen sind niedrigere Einkommen und schwerwiegende Nachteile bei der sozialen Absicherung – insbesondere im Alter und bei Arbeitslosigkeit.

Frauen haben um 20 Prozent weniger Einkommen als Männer

Österreich ist Schlusslicht in der EU beim Gender-Pay-Gap. Knapp die Hälfte des Einkommensunterschieds geht auf unterschiedliche Arbeitszeiten von Frauen und Männern zurück. Bereinigt man den Gender-Pay-Gap um weitere Faktoren wie unterschiedliche Berufe und Branchen („Männerbranchen“ sind meist höher entlohnt), verbleibt noch immer ein Rest von knapp 14 Prozent unerklärt. Spätestens im Alter sind die Folgen niedrigen Einkommens fatal. Nicht umsonst heißt es: **Altersarmut ist weiblich.**

Eurostat, Daten für 2019

Frauen leisten zwei Drittel der unbezahlten Arbeit

Trotz hoher Teilzeitquoten arbeiten Frauen insgesamt mehr als Männer, weil sie den Großteil der unbezahlten Arbeit leisten: Kinder betreuen, putzen, kochen, Wege erledigen, Familienmitglieder pflegen. Während Frauen in Österreich im Durchschnitt 32 Stunden pro Woche unbezahlt arbeiten, sind es bei Männern nur halb so viele Stunden.

Zeitverwendungserhebung 2008/09

Es gibt noch einiges zu tun, zum Beispiel



Kinderbetreuung ist immer noch Frauensache

Frauen übernehmen vorwiegend die Kinderbetreuung. **Nur 4,5 Prozent aller Anspruchstage auf Kinderbetreuungsgeld werden von Männern in Anspruch genommen.** Solange die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen so hoch sind, können sich die meisten Familien eine längere Väterkarenz oft nicht leisten. Hier gibt es noch einiges zu tun: bessere Löhne für Frauen, mehr Unterstützung durch Betriebe und **deutlich mehr Kinderbetreuungsplätze.**

Nur 23 Prozent der Kinder unter drei Jahren besuchen einen Kindergarten

Österreich liegt bei der Kinderbetreuungsquote im europäischen Schlussfeld. Nur 22,7 Prozent der Kinder unter drei Jahren besuchen einen Kindergarten, in der EU-28 sind es 35,5 Prozent. Mehr Kinderbildungseinrichtungen würden die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** deutlich erleichtern.

Statistik Austria, Daten für 2019

42 Prozent weniger Pension für Frauen

Frauen bekommen ca. 42 Prozent weniger Pension als Männer. Der Hauptgrund für die Pensionslücke ist das geringere Einkommen von Frauen – durch geringere Stundenlöhne, Arbeiten im Niedriglohnbereich, geringere Wochenarbeitszeit. **Über das gesamte Erwerbsleben erreicht das Einkommen der Frauen im Schnitt nur 60 Prozent der Männereinkommen.** Die zweite Ursache ist die geringere Zahl an Versicherungsjahren durch Erwerbsunterbrechungen. Die österreichische Pensionslücke ist die viert-höchste innerhalb der Europäischen Union.

Österreichischer Städtebund 2021; WIFO/FORBA 2021

11,4 Prozent der Frauen haben keinen Anspruch auf Pension

Obwohl die Zahl der Frauen mit eigenen Pensionsbezügen kontinuierlich steigt, haben 11,4 Prozent der über 65-jährigen Frauen keinerlei Pensionsanspruch. Sie sind damit im Alter wirtschaftlich völlig abhängig und stark armutsgefährdet. **Das betrifft immerhin 100.300 Frauen.** Bei den Männern sind es 0,6 Prozent.

WIFO, Daten für 2017

Mit dem 5-Punkte-Plan zu sozialer Gerechtigkeit

Der Sozialstaat hat in der Krise eine Sternstunde erlebt. Ohne soziale Leistungen ginge es vielen von uns heute deutlich schlechter. Gleichzeitig hat die Pandemie soziale Ungleichheiten verschärft. Selbstständige, Arbeitsuchende und prekär Beschäftigte fallen in ein wirtschaftliches Loch, während sich der Reichtum vieler Vermögender weiter anhäuft. Wenn wir jetzt nicht handeln, steuern wir auf eine Gesellschaft großer Ungleichheit zu. Die Arbeiterkammer hat einen 5-Punkte-Plan entwickelt, der zu mehr Gerechtigkeit, mehr Arbeitsplätzen und einem Ausbau des Sozialstaates führt.



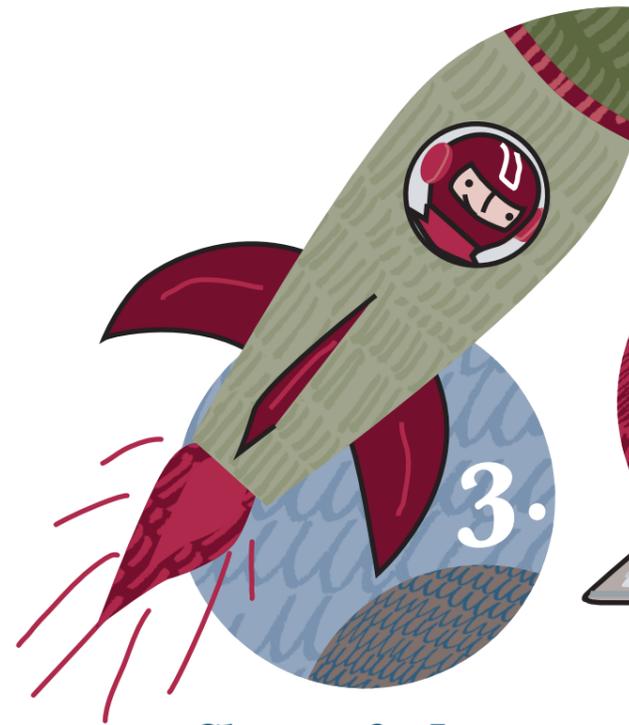
1. Investitionen für 100.000 Jobs

Die Europäische Union stellt den Mitgliedsländern mehrere 100 Milliarden Euro für Investitionen in Klima, Digitalisierung und Jobs zur Verfügung. Auch in Österreich brauchen wir eine Investitions-offensive, um den bevorstehenden fundamentalen Strukturwandel aktiv zu gestalten. Mit rund 2 Prozent des BIP könnten etwa 100.000 neue Jobs entstehen - für eine *Offensive Arbeitsmarkt* und Bildung, für mehr soziale Dienstleistungen, für mehr Lebensqualität, für den Kampf gegen die Klimakrise sowie für die Bekämpfung von Armut.



2. Fokus auf Frauen

Frauen waren und sind durch die Krise besonders belastet. Sie verrichten einen großen Teil der unbezahlten Arbeit im Haushalt und für die Familie, gleichzeitig verdienen sie rund 20 Prozent weniger als Männer. Faire Einkommen und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie würden Frauen deutlich entlasten. Daher sind Investitionen in Kinderbildungseinrichtungen und bessere Schulen unentbehrlich.



3. Chancen für Junge

In den letzten zehn Jahren haben sich tausende Betriebe von der Lehrlingsausbildung verabschiedet. Gleichzeitig beklagen Betriebe den Mangel an Facharbeiter:innen. Betriebe müssen den Jugendlichen eine Chance auf eine Lehrstelle geben, denn die Ausbildung von Fachkräften für die Zeit nach der Krise ist auch in ihrem Interesse. Zudem muss Lernen in erster Linie in der Schule stattfinden - das entlastet sowohl Eltern als auch Schüler:innen. Dafür braucht es mehr Unterstützung für Schulen durch eine gerechte Schulfinanzierung, vor allem an benachteiligten Schulstandorten.



4. Qualifizierung schafft Zukunft

Wer besser ausgebildet ist, ist weniger von Arbeitslosigkeit betroffen. Daher sind Weiterbildung und Qualifizierung wichtig. Vor allem, weil es einen Wandel zu Digitalisierung und zu komplett neuen Geschäftsmodellen infolge der Pandemie gibt. Von den Sozialpartnern organisierte Arbeitsstiftungen sind dafür am besten geeignet. Sie ermöglichen nicht nur Um- und Aufschulungen, sondern auch das Erlernen neuer Berufe - und zwar angepasst an die Nachfrage der Unternehmen und an die persönlichen Fähigkeiten und Interessen der Arbeitsuchenden. Vor allem Arbeitsstiftungen im Bereich Pflege und Umwelt sind notwendig.



5. Armut vermeiden

Die Gefahr von Armut wird auch in Österreich aufgrund der Corona-Krise massiv steigen. Hauptgrund dafür ist, dass vermehrt Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Je länger Menschen ohne Beschäftigung sind, desto schwieriger wird es für sie, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Schon jetzt sind 72 Prozent der langzeitarbeitslosen Menschen armutsgefährdet. Armut wird zudem an die eigenen Kinder vererbt. Jetzt heißt es, in Beschäftigungsoffensiven zu investieren und langzeitarbeitslose Menschen existenziell abzusichern. Eine Armutskrise kann und darf sich ein Land wie Österreich nicht leisten.

FORDERUNGEN:

- > 2 Prozent des BIP für 100.000 neue Jobs
- > Besonderer Schwerpunkt: Klimaschutz und klimagerechte Gemeinden und Städte
- > Investitionen in soziale Dienstleistungen, vor allem in Pflege

FORDERUNGEN:

- > Echte Lohntransparenz in den Betrieben
- > 1 Prozent des BIP für Kinderbildung
- > Mehr Unterstützung für partnerschaftliche Teilung von Kinderbetreuung

FORDERUNGEN:

- > Mehr Unterstützung an Schulen durch eine gerechte Schulfinanzierung
- > Mehr Bereitschaft der Unternehmen, Lehrlinge auszubilden
- > Ausbau berufsbegleitender Studienangebote und staatlicher Studienförderungen für berufstätige Studierende
- > Mehr Investitionen in leistbaren und geförderten Wohnbau sowie Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Mieter:innen
- > Entfall von Kauttionen für junge Menschen bei geförderten Wohnungen

FORDERUNGEN:

- > Branchenstiftungen für Pflege, Umwelt
- > Qualifizierungsgeld
- > Recht auf Weiterbildung für Arbeitnehmer:innen
- > Mehr Engagement der Unternehmen bei der Weiterbildung der Arbeitnehmer:innen

FORDERUNGEN:

- > Arbeitslosengeld auf 70 Prozent erhöhen
- > Bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung
- > Mehr berufliche Chancen für Langzeitarbeitslose
- > Mehr AMS-Personal für bessere Betreuung
- > Großes Projekt zur Verringerung der Armut in Österreich

Mehr zum 5-Punkte-Plan der AK:
arbeiterkammer.at/5punkteplan



ÖSTERREICH

AK.AT/FÜRDICH

SOLIDARITÄT #FÜRDICH

DIE AK FORDERT EINEN GERECHTEN
SOZIALSTAAT, DER FÜR ALLE DA IST.